

,Fraktion Die Linke./pro Aalen Beschlussanträge zum Haushalt 2019

Aalen, 21.11.2018

Vorbemerkung: Kontinuität in der weiteren Entwicklung unserer Stadt und Haushaltskonsolidierung sind kein Widerspruch, sondern erreichbare Ziele! Rekordeinnahmen von über 144 Millionen ermöglichen Halbierung des Schuldenstands und lassen bei notwendigen Investitionen noch „Luft nach oben“. Die Linke/pro Aalen unterstützt den eingeschlagenen Weg von Kontinuität und Konsolidierung, sieht aber bei zwei Themen erhöhten Handlungsbedarf. Vor diesem Hintergrund stellen wir zwei Anträge zum Haushalt 2019:

1. Sozialer, bezahlbarer Wohnraum

Bundes- und landesweit explodieren die Mieten. Jährlich fallen mehr sozial geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung als neue dazu kommen. Auch an Aalen geht diese Entwicklung nicht spurlos vorbei. Allein bei der Aalener Wohnungsbau stehen rund 800 Wohnungssuchende auf der Warteliste. Das sind nochmals rund 200 mehr als noch vor drei Jahren! Unsere Fraktion steht deshalb ausdrücklich zu den vom Gemeinderat beschlossenen Initiativen:

- mit dem Aalener Modell zur Wohnraumförderung wurde ein erster und wichtiger Schritt fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht!
- Mit dem Beschluss private Bauinvestoren zu einem Anteil von 25% Sozialwohnungen zu verpflichten, ist ein weiterer wichtiger Baustein hinzugekommen.

Dies und weitere lobenswerte Initiativen der städtischen Wohnungsbau, wie Bestandsimmobilien unter 5,-€/je qm zu vermieten, reichen aber erkennbar nicht aus.

- die Nachfrage nach bezahlbaren Sozialmietwohnungen ist deutlich höher und wir haben im Haushalt durchaus noch Luft nach oben!
- Die Aalener Wohnungsbau kann das Problem nicht alleine schultern, deshalb müssen weitere Partner gewonnen werden und neue Wege beschritten werden.

Die Linke/pro Aalen fordert erneut

- a) vor dem Hintergrund veränderter politischer Entscheidungen in Bund und Land, die Erarbeitung eines Konzeptes, zur weiteren Schaffung von bezahlbaren Sozialmietwohnungen, mit dem Ziel in den nächsten 4 Jahren mindestens eine Verdoppelung sozial bezahlbarem Wohnraums zu erreichen.
- b) An dem Ziel einer sozialen Durchmischung von Wohnquartieren muss

grundsätzlich festgehalten werden. Bei Wohnungsbauprojekten ist einerseits eine Mindestzahl von 25% Sozialmietwohnungen pro Objekt einzuhalten. (dies kann durch modulares bauen, wie z.Bsp. in der Rombachstraße geschehen). Um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage schneller zu schließen, können Investoren ihre Verpflichtung zur Schaffung von bezahlbaren Sozialwohnungsbau auch an anderer Stelle im jeweiligen Wohnquartier umsetzen. Dabei ist die Quote auf 50% (auf Basis des ursprünglichen Wohnbauprojektes) zu erhöhen.

c) wir fordern neue konzeptionelle Überlegungen und Angebote zBsp. für Alleinerziehende oder andere Personengruppen, die sich zur gemeinschaftlichen Nutzung von Bestandsimmobilien oder kleineren Mietwohnungsanlagen zusammenfinden. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert hierzu zeitnah ein Konzept zu erarbeiten.

2. Stellenplan 2019 ff

Das laufende bzw. künftige städtische Investitions- und Arbeitsprogramm und die absehbaren, enormen Herausforderungen für die kommenden Jahre erfordert notwendige Korrekturen an der Personal- und Stellenplanpolitik der Stadt.

- Wir fordern deshalb:

die Verwaltung und den Personalrat auf, künftig vor Beschlussfassung des Haushaltsplan, jeweils nach der Sommerpause dem Gemeinderat einen aktuellen Bericht zur Personalsituation (incl. eines Weiterbildungsbericht) vorzulegen, damit rechtzeitig vor der jeweiligen nächsten Haushaltsplanberatungen Konsequenzen für den Stellenplan diskutiert und beantragt werden können.